Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 7.Mai 1932.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Türkische Nöte.

Von Hermann Wendel.

SPD. Neben dem Italien Mussolinis und dem Ungarn Horthys war und ist auch die Türkei Kemals ein Land recht nach dem Herzen unserer "Deutschland, erwache!"-Brüller. In der Aussenpolitik ein fanatischer Nationalismus, der die Ketten des "Schmachfriedens von 1919" gesprengt und mit Waffengewalt die Unabhängigkeit errungen hat und nach wie vor den Westmächten und dem Völkerbund die kalte Schulter zeigt, in der Innenpolitik trotz eines Scheinparlaments nur das stramme Verhältnis zwischen einer kleinen Klique schneidig Befehlender und einer grossen Masse stumm Gehorchender und der Wille des "Gazi", des "Führers" einziges Gesetz, in der Wirtschaftspolitik die Abdrosselung ausländischer Einfuhr und der Rückzug auf einen kläglichen Zustand der Selbstbefriedigung, der mit einem Fremdwort Autarkie genannt wird- mein Liebchen, was willst du mehr! Leider vergessen diese mit Hakenkreuzen geschmückten Lobredner Kemals zu erwähnen, dass ihr Held sich trotz aller Forschheit für die "nationale Wiedergeburt" der Türkei auf ein Viertel des früheren osmanischen Reichs beschränken musste; ungefähr so ist es, als bestände Deutschland nach seiner "nationalen Wiedergeburt" nur mehr aus den Provinzen Ostpreussen, Pommern, Brandenburg, Ober- und Niederschlesien und zur Not vielleicht noch Sachsen. Auch noch einiges Andere vergessen sie, was heute klar vor aller Augen liegt.

Wenn es nämlich, um ein Volk glücklich zu machen, nur darauf ankäme, die Demokratie niederzuknütteln und die Juden kusch zu halten, müsste sich die sozusagen moderne Türkei vor Wohlsein nicht zu lassen wissen. Statt dessen geht es ihr hundsjämmerlich, ob auch mancher fremde Reporter vor den aus dem Boden gestampften Villenvierteln von Angora aus dem Staunen nicht herauskommt. Denn diese Atrappen, die Zivilisation und Kultur vortäuschen sollen, sind mit dem namenlosen Elend des türkischen Bauern erkauft. Türkischer Bauer aber heisst türkisches Volk überhaupt: von der Landwirtschaft leben 81,6 Prozent der Bevölkerung, während nur 5,6 Prozent auf die Industrie, 4,8 Prozent auf den Handel und 1,6 Prozent auf die freien Berufe entfallen. Der anatolische Landmann, ob Kleingütler, ob Pachtsklave des Grossgrundbesitzes, stand immer auf einer beklagenswert niedrigen Stufe der Betriebsführung und Lebenshaltung, steckte vielfach gar noch in der Naturalwirtschaft drin. Pomphaft verhiess denn Kemal einmal: "Eine der Grundlinien unserer Politik besteht darin, dass wir uns bemühen den türkischen Bauern reich zu machen". In Wirklichkeit ist der türkische Bauer statt reich immer ärmer geworden, denn über einigen unzureichenden Anläufen zur technischen Verbesserung des Ackerbaus wurde die soziale Hebung des Landvolks ganz vergessen. Dafür opferte man dem nationalistischen Wahnsinn der Autarkie, indem man in einem Lande, dem die meisten materiellen und moralischen Voraussetzungen für ein Grossgewerbe, nämlich Kapital, Erfahrung, Fachkenntnis umsichtiges Unternehmertum und geschulte Arbeiterschaft, fehlten, eine Industrie im Treibhaus der Staatsprämien und Schutzzölle zu züchten suchte. Heute

ist diese Industrie am Erliegen, da ihr innerer Markt von Tag zu Tag mehr einschrumpft; die Landwirtschaft, die dank der Weltwirtschaftskrise ihre Erzeugnisse: Tabak, Wolle, Baumwolle, Opium und Obst, gar nicht oder nur zu Schleuderpreisen abzusetzen vermag, hat jede Kaufkraft eingebüsst.

War als unmittelbare Folge der Sturz der Steuerrückgänge von 220 Millionen Pfund im Jahre 1929 auf 180 Millionen im Jahre 1930 schon erschreckend, so steht heute der Staat vollends mit leeren Taschen da. Weder das rücksichtslose Verbot der freien Wareneinfuhr noch die Zusammenstreichung des Budgets, in dem Heer und Flotte immer noch Riesensummen schlucken, vermögen die Finanzkrise zu bannen und den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Was man erst flüsterte, sagt man jetzt laut: Ohne eine Anleihe geht es nicht länger! Auch die stolze nationalistische Türkei Kemals war niemals gegen einen freundwilligen und grösseren Stils; sie war lediglich, da gebrannt Kind das Feuer scheut, gegen die Bedingungen, unter denen das elende Regime Abdul Hamids Millionensummen annahm, gegen die Preisgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit durch Verpfändung wichtiger Staatseinkünfte. Im Grunde aber stieg sie schon 1928 von ihrem hohen Ross herunter, als sie sich im Pariser Abkommen zur langsamen Tilgung der Schulden des verflossenen Osmanenreichs verpflichtete - in der Hoffnung auf eine lohnende Anleihe. Als diese Hoffnung grausam trog, erklärte sich Angora für unfähig, die Abmachungen des Pariser Vertrags zu erfüllen und zahlte nur mehr ein Drittel. Wenn augenblicklich in Paris über eine neue Form der Zahlung jener alten Schulden gefeilscht wird, so geschieht dies von türkischer Seite nur, um das ach! so nötige Vertrauen des europäischen Geldmarktes wieder zugewinnen. Es ist Kemals Karte, die hier ausgespielt wird, denn der "Gazi" scheint neuerdings zu einer Annäherung an die Westmächte und den Völkerbund zu neigen. Sein Gegenspieler, der Ministerpräsident Ismet Pascha, den manche für den stärkeren Mann von beiden halten, ist "antiwestlerisch" eingestellt und sieht in der Freundschaft mit Sowjetrussland, falls der von Italien geförderte oder gewünschte Anti-West-Bund Türkei-Bulgarien-Griechenland nicht zustandekommt, den besten Trumpf. Dass er, Vertreter eines Landes, in dem jeder Kommunist sofort an den höchsten Galgen gehängt würde, sich eben mit dem Aussenminister Tewfik Rüschdi Bey in Moskau herzlich feiern liess, erscheint als Sieg seines aussenpolitischen Kurses, aber es gibt gescheite Leute, die hinter diesem Besuch nur ein Erpressungsmanöver argwöhnen, damit der Pariser Kassenschrank klirrend aufspringt.

Wie dem auch sein mag, der Kemalismus kämpft mit den grössten Schwierigkeiten und hätte längst seinen Bankerott angemeldet, wenn nicht alles, was in Angora Politik heisst, sich auf dem Rücken einer zu mehr als 90 Prozent aus Analphabeten bestehenden, unendlich geduldigen Volksmasse abspielte. Wo sie einmal gegen Kemals Axiom: Der Staat bin ich! aufzumucken wagt, wird rasch mit Bajonetten, Maschinengewehren und Galgen, womöglich unter Ausrottung ganzer unbotmässiger Volksstämme wie der Kurden, die "Ordnung" wiederhergestellt. So kann es ja noch eine Weile gehen, aber niemand sollte kommen und sagen, dass der "Geist von Angora" daran sei, "die Grenzpfähle Europas über Kleinasien hinaus bis zum Ararat" vorzutragen. Europa ist, richtig gefasst, immer noch: Kultur, Toleranz, Demokratie! Was aber Kemal treibt, bleibt, trotz des "amerikanischen Tempos" seiner "Reformen", Asien!

SPD. Der Reichspräsident hat an die Witwe des verstorbenen Präsidenten der französischen Republik, Doumer, folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

"Tief erschüttert von der Nachricht des Ablebens Ihres Herrn Gemahls bitte ich Sie, hochverehrte gnädige Frau, meiner aufrichtigsten und herzlichsten Anteilnahme versichert zu sein. Möge der Allmächtige Ihnen die Kraft geben, auch diesen letzten Schicksalsschlag zu ertragen und Ihnen mit seinem Trost beistehen. Reichspräsident von Hindenburg."

Der Reichskanzler Dr. Brüning hat an den französischen Ministerpräsidenten Tardieu folgendes Beileidstelegramm gesandt :

"Auf das schmerzlichste bewegt durch die Nachricht, dass es nicht gelungen ist, das Leben des Präsidenten Doumer zu erhalten, drängt es mich, Ew. Exzellenz meine, der Reichsregierung und des deutschen Volkes wärmste Anteilnahme an der Trauer auszusprechen, welche Frankreich in diesem Augenblick erfüllt. In tiefem Mitgefühl beklage ich das grausame Schicksal,dass Ihr Staatsoberhaupt mitten in seinem Werke für das Vaterland sein Leben zum Opfer bringen musste. gez. Reichskanzler Dr. Brüning."

SPD. Braunschweig, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Der sozialdemokratische Abgeordnete Thielemann hat im braunschweigischen Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht:

"Der braunschweigische Regierungsrat Adolf Hitler hat erklärt, dass seine SA nicht helfen werde, die deutschen Grenzen zu verteidigen, solange das System Brüning in Deutschland herrsche, und dass die Auflösung seiner SA und SS auf Druck Frankreichs erfolgt sei. Als diese Äusserungen bekannt wurden, hat der Regierungsrat Hitler ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt. Ich frage: 1) Befindet sich der Regierungsrat Hitler noch im braunschweigischen Staatsdienst? 2) Wenn Ja: Ist das Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet? Welche Vorwürfe werden untersucht? 3) Warum macht der Regierungsrat Hitler keinen Dienst?"

SPD. München, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Die am Sonnabend erfolgte Eröffnung der Bibliothek des Deutschen Museums am 77.Geburtstage seines unermüdlichen Schöpfers Oskar von Miller war wieder ein Ereignis für München, zu dem sich eine grosse Anzahl von Persönlichkeiten des Reiches und der Länderregierungen und aus den Kreisen der Wissenschaft und Wirtschaft eingefunden hatten.

Den Feierlichkeiten ging die Generalversammlung des Ausschusses voraus, in der Bericht über das letzte Geschäftsjahr, das 28. seit Gründung des Museum und das 7. seit seiner Eröffnung, erstattet wurde. Zum ersten Male wurde das Museum im vergangenen Jahr sehr empfindlich von der schweren Wirtschaftskrise betroffen. Einmal durch die Verminderung der Mitgliederzahl von 4900 auf 4500, dann aber vor allem durch den Rückgang seiner Besucherzahl um fast 25 Prozent von 671 000 auf 513 000. Erfreulicherweise hat an diesem Rückgang die Gruppe der Arbeiter, Angestellten und Jugendlichen den geringsten Anteil. Ihre Zahl hat nur um 5000 auf 145 000 abgenommen. Als einen besonderen Erfolg verzeichne der Bericht die im vergangenen Winter erstmalig eingerichteten kostenlosen Führungen für Arbeitslose, an denen rund 8000 Personen teilnahmen.

In Einnahmen und Ausgaben ist die Jahresbilanz mit 1,12 Millionen ausgeglichen. Die Haupteinnahmen bestanden wiederum in den Zuschüssen des Reiches, des Staates Bayern und der Stadt München. Der grösste Ausgaben-Posten mit 516 000 Mark sind die Gehälter, Löhne und Versicherungsbeiträge für die Museumsangestellten. Das Gesamtvermögen des Museums beziffert sich auf 32,3 Millionen Mark. Als neuer Vorsitzender des Vorstandsrats und anstelle des ausscheidenden Professors Junker, den Vorsitzenden des Vereins deutscher Ingenieure, wurde der Generaldirektor der Siemens-Schuckert-Werke Dr. Köttgen gewählt. Unter den in den Ausschuss neu Gewählten befindet sich auch der Schweizer sozialistische Nationalrat Grimm.

Durch die Aufnahme des Bibliothek-Betriebes war die letzte wichtige Kulturaufgabe des Deutschen Museums in Angriff genommen. Vollkommen eingerichtet ist zwar erst das unterste der drei Stockwerke, wie das dritte grosse Gebäu-

de, in dem eine grosse Reihe von Kongressälen eingerichtet werden, nur im Rohbau fertig ist, da die Wirtschaftskrise den grössten Teil der Quellen verstopft hat, die bisher für die Vollendung dieses grossen Kulturwerkes des deutschen Volkes so freigebig geflossen sind.

Die im Rahmen bester Münchener Kunsttradition gehaltene Eröffnungsfeier war ausgezeichnet durch eine Ansprache des Reichspräsidenten von Hindenburg, die von seinem Arbeitszimmer in Berlin durch den Funk in die Bibliotheksräume übertragen wurde.

SPD. Der Reichsrat hat am Sonnabend das Anleihegesetz zur Arbeitsbeschaffung verabschiedet. Württemberg, Braunschweig, Anhalt und Mecklenburg-Strelitz behielten sich ihre Stellungnahme vor.

Die wesentlichste Bestimmung des Gesetzes lautet: "Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, für Siedlungen, Meliorationen, Beschäftigung Jugendlicher und sonstige Arbeitsbeschaffung Geldmittel im Wege der Ausgabe von Schuldverschreibungen zu beschaffen." - Das Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft treten.

Dieser Passus soll in dem vor wenigen Tagen vom Reichsrat verabschiedeten Schuldentilgungs-Gesetz als zusätzlicher Paragraph aufgenommen werden. Die Reichsregierung selbst soll die Höhe des jeweils zu beschaffenden Betrages festsetzen. Sie soll diesen Betrag aber nicht im Wege des kurzfristigen Kredits beschaffen, sondern durch Ausgabe von Schuldverschreibungen, also auf dem Wege einer Anleihe. Die Reichsregierun; beabsichtigt, eine Prämien-Anleihe auszugeben.

Die Ausschüsse des Reichsrats waren, wie der Berichterstatter mitteilte, mit der Reichsregierung der Meinung, dass es in der gegenwärtigen Lage wohl notwendig sei, diesen Weg zu gehen und dass der Weg auch einen gewissen Erfolg verspreche. In den Ausschüssen ist dabei ausgeführt worden, dass es notwendig sei, diese Aktion eng zu verbinden mit dem grossen Gesamtplan einer Reform, der gegenwärtig im Reichskabinett erörtert werde und der alle Fragen der Arbeitslosenfürsorge umfasse. Insbesondere ist von Preussen darauf hingewiesen worden, dass man es für unbedingt notwendig halte, die Arbeitsbeschaffung zu verbinden mit der Frage der Arbeitszeitkürzung und zwar einer energischen Arbeitszeitkürzung. In Verbindung mit den verschiedenen Aktionen, zu denen dann auch die Reform der Organisation der Arbeitslosenfürsorge gehöre, könne die Anleihe Erfolg und Nutzen haben.

SPD. London, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Dem deutschen Zirkus Gleich, der seit Beginn des Jahres eine sechsmonatige Tour in England plant und dem die Einreiseerlaubnis vom englischen Arbeitsministerium im Februar erteilt und später ausdrücklich bestätigt worden war, ist diese Erlaubnis in letzter Minute entzogen worden. Inzwischen hat der Zirkus bereits zwei Schiffe zum Transport gechartert uud Ausstellungplätze in verschiedenen englischen Städten gemietet, Sonderzüge bestellt und mit der Propaganda begonnen.

Der plötzliche Meinungswechsel des Ministeriums, das sich vor seiner Einreisegenehmigung davon überzeugt hatte, dass der Zirkus englische Artisten und Arbeiter beschäftigt, ist für das Unternehmen eine sehr ernste Sache, die wegen ihrer prinzipiellen Bedeutung Beachtung verdient. Der Meinungswechsel ist darauf zurückzuführen, dass verschiedene Parlamentarier unter der Führung einer Labour-Abgeordneten gegen die Einreiseerlaubnis des Zirkus beim Arbeitsministerium vorstellig geworden sind und eine Abstimmung darüber im Parlament

herbeizuführen beabsichtigten. Diese Abstimmung wäre zweifellos gegen die Zulassung des Zirkus ausgefallen. Um sich und der Regierung die parlamentarische Niederlage und das offensichtliche Nachgeben unter parlamentarischem Druck zu ersparen, hat der Minister die Erlaubnis zurückgezogen. Der Zirkus, der abgesehen von dem umsonst ausgegebenen Geld für eine andere Tour keine Vorbereitungen getroffen hatte, will nun auf Schadensersatz gegen die englische Regierung in Höhe von 130 000 Pfund klagen. Auch die Deutsche Botschaft ist in der Sache bei der englischen Regierung bereits vorstellig geworden.

SPD. Anstelle des verstorbenen Redakteurs Paul Umbreit vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund tritt Franz Spliedt, Sekretär der sozialpolitischen Abteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat ein.

SPD. Paris, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Kongress ist für Dienstag-Nachmittag 2 Uhr zur Neuwahl des Staatspräsidenten nach Versailles einberufen worden.

Als aussichtsreichste Anwärter auf den Präsidentenstuhl gelten der Präsident des Senats Lebrun und der frühere Ministerpräsident Painlevé.

SPD. Die Justizpressestelle Köln hat eine Mitteilung verbreitet, dass Nazi-Ley noch nicht prozessiert werden könne, da Reichstagsabgeordneter Wels noch nicht in der Lage sei, nach Köln zu fahren.

Dazu teilt uns Otto Wels mit, dass er über diese Mitteilung überaus erstaunt sei. Er stellt fest:

1. dass er keine Ladung zu einem Termin am 6.Mai erhalten habe;
2. dass er keinerlei Mitteilung an das Kölner Gericht habe ergehen lassen, dass er nicht in der Lage sei, nach Köln zu fahren;
3. dass sein Angebot, dass er nach dem 3.Mai zur Verfügung stehe, nach wie vor gelte.

Nach dieser Mitteilung stellen wir die Frage: wie ist die Nachricht der Kölner Justizpressestelle zustandegekommen?

Wie kommt es, dass Herr Ley mit unbekanntem Aufenthalt ins Saargebiet verreisen konnte, ohne dass ernsthafte Anstalten gemacht wurden, ihn abzuurteilen? Wir wollen nicht verschweigen, dass diese höchst eigenartige Behandlung des Falles Ley uns mit tiefstem Misstrauen erfüllt!

SPD. Paris, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Mörder des Präsidenten der Republik Gorgulow wurde am Sonnabend nochmals dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der inzwischen gegen den Verbrecher Anklage wegen Mordes erhoben hat. Als Rechtsvertreter wird dem Mörder ein Offizial-Verteidiger beigegeben.

Die Staatsanwaltschaft beabsichtigt einen Beamten der Justizpolizei nach Prag zu entsenden, der dort Nachforschungen über das Leben des Mörders anstellen soll.

SPD. Anlässlich des Ablebens des Präsidenten der französischen Republik haben das Reichspräsidium, die Reichskanzlei, das Auswärtige Amt mit Presseabteilung und der Reichstag die Flaggen auf Halbmast gesetzt.

SPD. Paris, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Die französische Regierung hat anlässlich der Ermordung des Staatspräsidenten Doumer folgende Trauerbotschaft an das französische Volk gerichtet:

"An das französische Volk! Der Präsident der Republik ist ermordet worden. Ganz Frankreich ist darüber in grösste Bestürzung geraten. Es beweint den berühmten Greis, dessen Leben dem Dienste Frankreichs geweiht war, und dessen vier Söhne für die Verteidigung Frankreichs gefallen sind. Ganz Frankreich verneigt sich vor der trauernden Witwe ihres ebenfalls auf dem Felde der Ehre gefallenen Gatten. Zollen wir dem Staate durch Ruhe und Würde die einzige Ehrung die er gewünscht hat. Morgen wird das Land seine Vertreter wählen. Am Dienstag wird die Nationalversammlung den neuen Präsidenten bestimmen. Am Donnerstag wird das Volk von Paris Paul Doumer aus dem Elysée in das Pantheon führen. In der Erinnerung an den grossen Diener und in Durchführung des Gesetzes wird Frankreich seine Trauer und seine Einheit zu bestätigen wissen. Es lebe Frankreich, es lebe die Republik!"

Aus allen Teilen der Welt gehen der Witwe des Staatspräsidenten und der Regierung ununterbrochen herzliche Beileidskundgebungen zu.

SPD. Frankfurt/M., 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Aus einem Urteil des Uschla (Untersuchungs- und Schlichtungs-Ausschuss) des Gaues Hessen der NSDAP, das, wie jetzt bekannt wird, im Spätsommer 1931 auf Veranlassung Nazi-Feders gegen zwei Darmstädter Naziführer gefällt wurde, geht hervor, dass Feder im Gebiet des Gaues Hessen Verbindungen mit Wirtschaftsführern und sonstigen prominenten Persönlichkeiten gesucht hat, die zum Teil alles andere als Nationalsozialisten sind. Zweck dieser Verbindungen war, die betreffenden Persönlichkeiten um Geld für die Nazibewegung anzuschnorren. So bettelte Feder für die "Arbeiterpartei" nicht nur bei dem ehemaligen Grossherzog von Hessen, sondern auch bei demokratischen und freimaurerischen Fabrikanten um Geld.

SPD. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin-Moabit begann ein Prozess gegen sechs Kommunisten wegen Landfriedensbruchs, Totschlags und unerlaubten Waffenbesitzes. Die Angeklagten sollen vor zwei Jahren nach einer nationalsozialistischen Versammlung in Berlin-Wilmersdorf den Nationalsozialisten Fischer erschossen haben. Die Angeklagten leugnen, die Tat begangen zu haben und behaupten, das Opfer von Nazidenunzianten zu sein. Der Prozess wird mehrere Wochen dauern.

SPD. Kowno, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Das Rücktrittsgesuch des Gouverneurs des Memelgebietes Merkys, das in Anbetracht des Ausfalls der Wahlen zum memelländischen Landtag erfolgte, ist am Sonnabend von der litauischen Regierung angenommen worden. Ein neuer Gouverneur ist noch nicht ernannt. Inzwischen hat auch das Direktorium Simaitas aus dem Wahlergebnis die Konsequenzen gezogen und ist zurückgetreten.

SPD. Prag, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Von dem Mörder des französischen Staatspräsidenten Gorgulow ist in Prag bekannt, dass er während seines hiesigen Aufenthalts mit weit rechtsstehenden russischen Emigranten verkehrte, die mit dem tschechischen Faschistenführer Gajda in Verbindung standen.

Im September 1927 heiratete Gorgulow in Prerau (Mähren) die Tochter eines dortigen Bürgers. Die Ehe endete jedoch bald mit der Scheidung, der auf Antrag der Frau Gorgulows wegen schlechter Behandlung stattgegeben wurde. Auch die zweite Ehe Gorgulows mit einer tschechischen Staatsangehörigen dauerte nicht lange. Die betreffende Frau liess sich ebenfalls wegen schlechter Behandlung scheiden. In der Zwischenzeit übte Gorgulow in Göding und später in Prerau ärztliche Praxis aus. In Prag gründete er dann eine russische faschistische Partei, die es jedoch nur auf 40 Mitglieder brachte. Sein Gesuch um Genehmigung zur Gründung einer allrussischen Bauernpartei wurde von der Prager Polizeidirektion abgelehnt. Im vergangenen Jahre wurde Gorgulow mit zwei Hebammen wegen fortgesetzter Abtreibung, von denen eine mit dem Tode einer Frau endete, verhaftet. Als er nach wochenlanger Haft auf freien Fuss gesetzt wurde, flüchtete er aus Furcht vor Strafe nach Frankreich.

Das Organ der tschechischen Sozialdemokratie erklärt zu der Meldung, dass Gorgulow tschechischer Sozialdemokrat gewesen ist, dass der Russe im Mai 1927 in Göding der sozialdemokratischen Organisation angehört hat, jedoch bereits im September 1927 wegen schlechten Lebenswandels aus der Partei ausgeschlossen wurde.

SPD. Essen, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Zechenverband hat den Gewerkschaften am Sonnabend seine Forderungen zur Änderung des Rahmentarifes im Ruhrbergbau bekanntgegeben.

Danach soll sich die Dauer der regelmässigen Schichtzeit nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen richten, d.h. acht Stunden betragen. Dadurch werde erreicht, dass die im Rahmentarif seit der ersten Inflationszeit verankerte Siebenstundenschicht verschwinde, da diese der wirtschaftlichen Lage und den wirklichen Verhältnissen nicht mehr entspräche. Seit Jahren sei durch das Mehrarbeitsabkommen die Achtstundenschicht praktisch erreicht. In der Urlaubsfrage sei bei Beibehaltung der bisherigen Urlaubszeit eine Herabsetzung der Vergütung auf die Hälfte erforderlich. Den Zechen, die seit Monaten 25 Prozent über die notwendige Belegschaft hinaus beschäftigten, müsse für die dadurch entstehenden Mehrkosten eine gewisse Erleichterung zuteil werden. Ferner sei die Streichung des Haushaltsgeldes und eine Einschränkung des Deputatkohlenanspruchs zur Verringerung der Selbstkosten des Bergbaues zu fordern, um das soziale Bestreben der Zechen, ihre jetzige Belegschaft zu halten, zu erleichtern. Dafür solle das Kindergeld in voller Höhe erhalten bleiben.

Die Forderungen des Zechenverbandes zur Auflockerung des Lohntarifs sollen den Bergarbeiter-Gewerkschaften am Montag in mündlicher Verhandlung bekanntgegeben werden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der Präsident ist ermordet - !

Präsidentenmorde in 4 Jahrzehnten-. Im Theater,auf der Ausstellung,nach dem Bankett.....

SPD. Die Schüsse aus dem Browning eines faschistischen Terroristen,die in den Nachmittagsstunden des Freitag den Präsidenten der französischem Republik, Paul Doumer, niederstreckten, haben in der gesamten Kulturwelt ein weithin hallendes Echo hervorgerufen. Die abscheuliche Tat,sinnlos und feige, verübt in einem Augenblick, da der Präsident,fern von der Politik,eine Ausstellung schreibender geistiger Menschen besichtigte, ist zur Stunde in ihren Hintergründen noch ungeklärt.

Der Dolchstoss von Lyon.

Paul Doumer ist nicht der einzige Präsident der französischen Republik, der unter den Kugeln eines Fanatikers sein Leben gelassen hat. Besonders tragisch muss der Tod des Präsidenten Sadi Carnot genannt werden,der am 24.Juni 1894 dem Dolchstoss eines Terroristen zum Opfer fiel. Die Berichte der Augenzeugen über diese Untat sind ungemein anschaulich.

Carnot hatte an einem Bankett in Lyon teilgenommen,auf dem er unter dem Beifall einer grossen Menge gesprochen hatte. Als das Bankett zu Ende war, bildete sich vor dem Festlokal eine lange Wagenreihe. Carnots Landauer fuhr als erster ab. Neben dem Präsidenten hatte der Präfekt des Rhone-Departements, Rivaud, Platz genommen. Freundliche Zurufe der Menge begrüssten den Präsidenten,der,halb im Wagen stehend,fortwährend dankend grüsste. Am Commerzpalast stürzte plötzlich ein Mann aus der Menge,sprang auf das Trittbrett und stiess dem Präsidenten einen Dolch in die Brust. Carnot warf den Angreifer mit einem Stoss auf die Strasse. Aber kurz darauf verliessen ihn die Kräfte. Der Ueberfallene hatte einen Stich in die Herzgegend erhalten,unaufhörlich lief unter der geöffneten Weste das Blut hervor. Carnot wurde sofort nach der nahegelegenen Präfektur gebracht,wo man ihn,schon bewusstlos, mit erloschenen Augen,im nächstgelegenen Zimmer niederbettete. Der Arzt Dr.Ollier erweiterte die Wunde,was Carnot zu dem Aufschrei veranlasste: "Wie Sie mir wehe tun!" Die sofort vorgenommene Operation konnte den Präsidenten nicht mehr retten. Nach kurzem Todeskampf verschied er. Inzwischen hatten sich auf der Strasse wilde Tumultszenen abgespielt. Die empörte Menge stürzte sich auf den Attentäter, der zuerst zu entfliehen versuchte,aber von zwei Geheimpolizisten ergriffen und gefesselt wurde. Die Menge hätte den Schützen ohne Zweifel umgebracht, wenn nicht berittene Gardisten die Wütenden auseinandergetrieben hätten.Zehn berittene Gardisten führten schliesslich den Verbrecher gefesselt ab. Auf der Polizei gab der Mörder an, Italiener zu sein und Cesario Giovanni Santo zu heissen. Er wohne seit sechs Monaten in Cette und sei erst jetzt nach Lyon gekommen. Im übrigen wolle er nur vor den Geschworenen reden - -.

Das Geheimnis Paul Dechanels.

Tragisch und geheimnisvoll ist das Ende eines anderen Präsidenten der französischen Republik, Paul Dechanel, der bei einer Reise, noch halb im Schlafrausch, aus dem Schlafwagen stürzte. Dechanel hatte versehentlich eine ins Freie führende Tür geöffnet. Die Folge des verhängnisvollen Sturzes war eine unheilbare Krankheit,die Dechanel, der der zehnte Präsident der Republik war, zum Verzicht auf sein Amt zwang. Wenige Jahre später starb der unglückliche Dechanel in Geistesumnachtung.

Mord in der Theaterloge.

Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika sind drei Präsidenten eines unnatürlichen Todes gestorben. Die Tat, die wohl am meisten Erschütterung hervorrief, war der Mord an dem grossen Kämpfer für die Freiheit und Unabhängigkeit der Staaten, Abraham Lincoln, der die Neger von der Schmach der Sklaverei erlöst hat. Kurz nach dem Siege der Nordstaaten über den reaktionären Süden wurde Lincoln im Washingtoner Theater bei einer Festvorstellung von dem Schauspieler Wilkes Booth in seiner Loge überfallen und durch mehrere Pistolenschüsse aus nächster Nähe niedergestreckt. Lincoln, aufs schwerste getroffen, starb mehrere Stunden nach dem ruchlosen Attentat. Auch Präsident James Abraham Garfield wurde das Opfer eines Terroristen. Ihn erschoss am 2. Juni 1881 der Politiker Charles Guitau, ein ehrgeiziger skrupelloser Postenjäger, dem der Präsident in mehreren Fällen Bewerbungen um hohe Posten abgeschlagen hatte. Garfield wurde schwer verletzt und starb nach dreimonatigem Krankenlager am 2. September 1881.

Der Schuss auf Mac Kinley.

Einem Attentat, das weithin ungeheures Aufsehen erregte, fiel am 6. September 1901 der amerikanische Präsident Max Kinley zum Opfer. Kinley befand sich, von zahlreichen Geheimagenten streng bewacht, zum Besuch der panamerikanischen Ausstellung in Buffalo. In den Eingängen der Ausstellungshalle drängte sich eine dichte Menge, die dem Präsidenten lebhafte Ovationen darbrachte. Mac Kinley war über die Anhänglichkeit des Publikums sehr erfreut. Zu seiner Rechten befand sich der Präsident der Ausstellung, Milburn, zu seiner Linken sein Privatsekretär Cortlyon, als sich ein Mann in schwarzem Anzug, dessen Hand eine Binde oder ein Taschentuch verhüllte, dem Präsidenten näherte, ihm liebenswürdig lächelnd die Hand entgegenstreckte und sich verbeugte. Einen Augenblick später erfolgte ein Revolverschuss. In der Ausstellungshalle entstand eine Totenstille, der ein fürchterlicher Tumult folgte. Der Präsident trat einen Schritt zurück, wurde blass, sank in einen Sessel und barg das Gesicht in den Händen. Schnell wurde dem Ueberfallenen die Weste geöffnet. "Sie sind ja verwundet!" rief der Privatsekretär entsetzt. Mac Kinley wurde in ein Krankenhaus gebracht und starb sechs Tage nach dem Anschlag. Der Mörder, ein tschechischer Anarchist namens Czolgosz, wurde von Geheimagenten niedergeschlagen, gefesselt und in Polizeigewahrsam gebracht. Auf dem Wege dorthin kam es immer wieder zu fürchterlichen Szenen, da die Menge den Attentäter mit aller Gewalt in die Hand bekommen und lynchen wollte. K-.

\+ + +

Der Tod auf der Strasse. Am Sonnabend nachmittag ereignete sich am Schönhauser Tor in Berlin ein folgenschwerer Verkehrsunfall. Ein Privatkraftwagen fuhr in eine Asphaltierkolonne, tötete einen Arbeiter und verletzte einen zweiten lebensgefährlich. Andere Arbeiter kamen mit leichteren Verletzungen davon. Der Unfall wurde dadurch hervorgerufen, dass der Führer des Privatwagens kurz vor der Asphaltierkolonne die Gewalt über den Wagen verlor.

\+ + +

Der Liebestod der Sechzehnjährigen. In der Wohnung ihres Vaters, des Appreteurs Franz Kruck in Augsburg, vergifteten sich ein 16jähriges Mädchen und ihr "Geliebter", ein 16jähriger Friseurlehrling, mit Gas. Die jungen Menschen haben den Freitod gesucht, weil die Eltern mit dem Liebesverhältnis der Kinder nicht einverstanden waren.

\+ + +

Die Galgenfrist. In Paris wurde im Zusammenhang mit der Ermordung des französischen Präsidenten Doumer die Hinrichtung eines zum Tode durch das Fallbeil verurteilten Mörders aufgehoben. Die Hinrichtung, zu der schon alle Vorbereitungen getroffen waren, sollte am Sonnabend morgen um 6 Uhr auf dem öffentlichen Platz vor dem Gefängnis erfolgen. Der Präsident der Republik hat

nach französischem Gesetz das Recht der Begnadigung bis zur letzten Sekunde. Doumer hatte zwar die Begnadigung abgelehnt, aber der Verteidiger des Verurteilten hatte am Freitag abend kurz vor 6 Uhr noch einen letzten Appell an die Gnade des Präsidenten gerichtet. Da Doumer in der Nacht zum Sonnabend an den Folgen der am Nachmittag erlittenen schweren Verletzungen gestorben ist, muss das Schicksal Boyers in die Hand des kommenden Präsidenten gelegt werden.

+ + +

Razzia im Zigeunerlager. In einem Zigeunerlager in der Müllerstrasse am Berliner Wedding fand am Sonnabend eine umfangreiche Polizeirazzia statt. Veranlassung dazu gaben zahlreiche Schlägereien und Schiessereien, die sich in letzter Zeit dort zugetragen haben. Gleichzeitig begab sich die Polizei auf die Suche nach "gesundbetenden Zigeunerinnen". Es wurden eine Anzahl Personen festgenommen, die wegen verschiedener Straftaten gesucht wurden.

+ + +

Das Ende des Artisten. Der Artist Tannenberg von der Truppe "Die sechs Marvells" vom Paramount-Palace in Paris, der in Düsseldorf gastierte und in einem Café bei einer Schiesserei schwer verletzt wurde, ist seinen Verletzungen erlegen.

+ + +

Sklarekurteil im Juni. Im Sklarekprozess werden am Mittwoch die Plädoyer beginnen. Oberstaatsanwalt von Steinäcker wird zuerst den umfangreichen Prozesskomplex im allgemeinen behandeln, worauf der zweite Staatsanwalt, Staatsanwaltschaftsrat Weissenberg, die Straftaten der einzelnen Angeklagten, mit Ausnahme der Stadtbankdirektoren und der beiden Buchhalter Lehmann und Tuch erörtern wird. Mit den Direktoren und Buchhaltern wird sich dann Staatsanwaltschaftsrat Jäger befassen. Schliesslich spricht wieder Oberstaatsanwalt von Steinäcker, der die zusammenfassende Anklagerede halten, auf das Strafmass eingehen und die Anträge stellen wird. Die Plädoyers der Ankläger werden mindestens fünf Verhandlungstage in Anspruch nehmen. Das Urteil erwartet man gegen Mitte Juni. Indes ist eine Verzögerung bis in den Juli nicht ausgeschlossen.

+ + +

Claude Farrères Befinden. Bei dem Attentat auf den Präsidenten Doumer wurde auch der bekannte französische Romancier Claude Farrère, der neben dem Präsidenten stand, von zwei Kugeln getroffen. Farrères Befinden ist nicht sonderlich gut. Zwar ist die Kugel aus dem Arm entfernt worden, aber eine andre Kugel, die in der Schulter sitzt, konnte bisher nicht beseitigt werden. Farrère, der im 51. Lebensjahr steht, ist einer der meistgelsensten Romanschriftsteller. Er war früher Marineoffizier und später Journalist. Seine Kolonial- und Seebücher haben ihn in der ganzen Welt berühmt gemacht. Sein Roman "Der Mann, der den Mord beging" ist in Deutschland viel gelesen und auch verfilmt worden.

+ + +

Tod eines Kapellmeisters. In Frankfurt/Main starb Dr. Ludwig Rottenberg, der langjährige erste Kapellmeister der Frankfurter Oper.

+ + +

Der brennende Hafen. Ein riesiger Brand am Cunard-Pier in New York hat zahlreiche Opfer gefordert. Mehr als 260 Verletzte und Rauschvergiftete mussten den Krankenhäusern zugeführt werden. Ein leitender Feuerwehrbeamter wurde so unglücklich verletzt, dass er erblindete. Ein Zuschauer wurde durch einen entzwei gerissenen Wasserschlauch tödlich getroffen. Der Brand hat grosse Verwüstungen angerichtet und der mittlere Teil der Pieranlage ist völlig eingestürzt.

Trockener Sommer?

Gebesserte Oelpreise - Die festgefahrenen Guggenheims - Zwei Feiermonate in Zinn.

SPD. Man hat sich immer mehr daran gewöhnt, in bestimmten Veränderungen auf den grossen Rohstoffmärkten Anzeichen für eine Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise zu sehen. Ist dieser Optimismus berechtigt? Man könnte auf die Oelmärkte verweisen, wo eine Aufbesserung der katastrophal gefallenen Preise vor sich geht. Im übrigen haben aber gerade in den letzten Wochen die grossen Warenmärkte äusserst flau gelegen. Die Optimisten leugnen das nicht, behaupten aber, das sei Zufall. Entscheidend sei die Tendenz, wie sie sich z.B. auf den Weltgetreidemärkten ausprägt.

Die privaten Schätzungen für die kommende Ernte lassen erkennen, dass z.B. die Winterweizenernte in der nordamerikanischen Union nur etwa 60 Prozent der vorjährigen Ernte betragen wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach muss also die gesamte Weltversorgung weit geringer sein als im vorigen Jahr. Für Deutschland prägt sich die Entwicklung unter Einfluss der amtlichen Getreidepolitik noch deutlicher aus. Angesichts eines ganz erheblichen Einfuhrbedarfs hat man es bei einer kurzfristigen Uebergangsregelung bewenden lassen. Für eine sehr bescheidene Menge von Weizen, die noch zur Hälfte auf den unbeliebten Hard-Weizen entfällt, hat man den Zoll auf 180 Mark pro Tonne runtergesetzt. Damit beträgt der Zoll aber noch das Doppelte des Weltmarktpreises. Für die schwierigste Zeit, für den Schluss des Erntejahres, wird man also neue Entschlüsse zu fassen haben. Das muss die Preise treiben.

Nach derselben Richtung wirken die Befürchtungen, dass wir in diesem Jahr einen sehr trockenen Sommer erleben werden. Ein entsprechendes Gutachten hat in letzter Zeit Professor Baur aus Frankfurt/Main, wohl der beste Kenner der Wetterentwicklung auf lange Sicht, erstattet. Baur erwartet einen Dürresommer. Trifft diese Voraussage in Deutschland und auf der nördlichen Halbkugel ein, dann wäre zwar nicht mit einer grundlegenden Schädigung der Wintersaat, wohl aber mit einer starken Verminderung der Erträge aus der Somersaat zu rechnen. Zu dem einen Faktor, der die Getreidepreise nach oben treiben muss, der verringerten Wintergetreideernte in Amerika, würde sich damit ein zweiter Faktor gesellen, eine verringerte Ernte an Sommergetreide.

Trotzdem sind die Getreidemärkte in der letzten Zeit flauer geworden. An einzelnen Tagen ergaben sich sogar ausgesprochene Kursverluste. Aehnliche Erscheinungen lassen sich auf anderen Märkten feststellen. Sie gehen nicht von den Märkten selbst aus, sondern sind eine Folge des Drucks, der auf den Wertpapierbörsen lastet.

Es sieht nicht gut aus an den Wertpapierbörsen in der Welt; insbesondere ist die New Yorker Wertpapierbörse von Rückschlägen betroffen. Die amerikanischen Politiker machen verzweifelte Versuche, um allen Leerverkäufen (Verkäufe von Wertpapieren, die man nicht besitzt und die man später zu billigeren Preisen zu kaufen hofft) einen Riegel vorzuschieben. Diese Bestrebungen sind begreiflich. Die Verluste an den Wertpapierbörsen zwingen immer wieder die Spekulanten, ihre Geschäfte an den Warehmärkten abzubrechen. Das Geld wandert von den Warenmärkten zur Wertpapierbörse. Diese Wanderung verhindert eine Besserung der Märkte.

Das hat sich während der letzten Wochen an einem Sondermarkt besonders deutlich gezeigt, nämlich an dem Markt für Antimon. Dieses Metall, das im wesentlichen in der Mischung mit Blei als Letternmetall (Druckerei) und im sogenannten Hartblei (Flintenkugeln usw.) benutzt wird, wird in China gefördert und zwar in Gegenden, die von den Unruhen im Fernen Osten ziemlich stark berührt werden. Die kriegerischen Verwicklungen in China müssten den Preis für Antimon in die Höhe treiben. Das ist aber nicht der Fall. Gerade in letzter Zeit lag der Antimonpreis ausgesprochen flau, einzig und allein deshalb, weil ein Grosspekulant auf dem Antimonmarkt schwach geworden ist und seine Geschäfte abgewickelt werden müssen.

Aber auch auf den anderen Metallmärkten ist es nicht geglückt, zu einer Preisbesserung zu kommen. Beim Kupfer wird immer wieder von einer Einigung der grossen internationalen Erzeuger gesprochen. Aber das vermag alles nicht, sich auf den Markt auszuwirken. Wir glauben schon, dass die in Frage kommenden Grosserzeuger ihre Produktion, wie vereinbart, um 20 Prozent eingeschränkt haben. Damit hat man aber die ungeheuren Bestände noch nicht aus der Welt geschafft. Es wird aber von Tag zu Tag schwerer, die Bestände durchzuschleppen. So sagt man z.B. von den amerikanischen "Bleikönigen", den Guggenheims, sie seien festgefahren. Die Guggenheims, die drittgrösste Kupfergruppe in der Welt, haben riesige Mittel in der Rationalisierung des chilenischen Salpeterbergbaus und der Salpeterverarbeitung festgelegt. Dazu kamen grosse Verluste in Kupfer, Silber und Blei. Das scheint diese Gruppe unbeweglich gemacht zu haben. Wir hatten die Behauptung schon für wahrscheinlich, dass die Guggenheims ähnlich wie andere Gruppen, denen es nicht anders gegangen hat als der Guggenheimgruppe , und entgegen den Beschlüssen des internationalen Kupferkartells, Kupfer unter Kartellpreisen abstossen mussten, um sich flüssige Mittel zu verschaffen.

Konsequenter als im Kupfer will man beim Zinn die Produktionsdrosselung durchführen. Die internationale Zinngrubenvereinigung hat auf ihrer nächsten Sitzung zu beschliessen, sämtliche Betriebe während der Monate Juni und Juli stillzulegen. Damit will man die Bestände einigermassen tragbar machen. Die Folge dieser Ankündigung hat den Markt ein wenig aufgefrischt.

Die Textilrohstoffmärkte unterscheiden sich wenig von den anderen Märkten Auf dem Baumwollmarkt wirkte die Nachricht ungünstig, dass anscheinend das nordamerikanische Farmamt aus seinen Stützungsbeständen beträchtliche Mengen verkaufen musste, weil es Geld braucht.

SPD. Die schweizer Regierung trifft Vorbereitungen, um den Einfuhrüberschuss in der Handelsbilanz weiter abzubauen. Die neuen Massnahmen sollen bereits im Sommer 1932 in Kraft treten. Es handelt sich dabei um Kompensationen der Ein- und Ausfuhr. Man will nur solche Einfuhrwaren in die Schweiz reinlassen, für die man die Gewähr hat, dass die Importländer in gleichem Ausmass schweizerische Ausfuhrwaren abnehmen. In der Praxis würde sich das Projekt so abwickeln, dass Einfuhrbewilligungen nur dann zur Verfügung gestellt werden, wenn die für die Importwaren zu zahlenden Beträge für die Ausfuhr schweizerischer Waren Verwendung finden. Für eine Kompensation nach dem vorliegenden Projekt kommen vor allem Lebensmittel wie Kaffee, Zucker, Malz usw. in Frage, dann aber Rohstoffe z.B. Kohle, Benzine und Petroleum. Insgesamt handelt es sich um ein Objekt von 500 ooo schweizer Franken, das von der Kompensation erfasst werden soll.

Zeitige Weizenernte.

(Berliner Produktenbörse vom 7. Mai.)

SPD. Die festere Stimmung für Weizen hielt auch am Sonnabend an der Berliner Produktenbörse an. In prompter Ware war das Angebot sehr klein und bei guter Kauflust der Mühlen konnten die Notierungen wieder um 2 Mark anziehen. Am Markte der Zeitgeschäfte stellten sich erstmalig Mai= und Juninotierungen gleich. Während die Notierungen für Mai um 1 Mark in die Höhe gingen, schwächten sich die für Juni leicht ab. Das beweist, dass man in Anbetracht des guten Saatenstandes und der bisher günstigen Witterung mit einer sehr zeitigen Weizenernte in diesem Jahre rechnet. Roggen wies gleichfalls bessere Kauflust auf, jedoch wurden höhere Preise nicht erzielt. Die Notierungen lauteten für prompte Ware unverändert. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich nur unbedeutende Abweichungen. Am Mehlmarkt hatte sich die Situation kaum geändert. Für Weizenmehl wurden vielfach höhere Preise verlangt, die aber bei den Käufern nur schwer durchzusetzen waren. Auch Roggenmehl hatte bei unveränderten Forderungen nur sehr ruhiges Geschäft. Für Hafer blieb die Tendenz stetig. Der Konsum deckte sich für den notwendigen Bedarf ein.

	6. Mai	7. Mai
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	274 - 276	276 - 278
Roggen	200 - 202	200 - 202
Braugerste	187 - 194	187 - 194
Futter= und Industriegerste	179 - 186	179 - 186
Hafer	164 - 169	164 - 169
Weizenmehl	33,00 - 36,50	33,10 - 36,60
Roggenmehl	25,80 - 27,60	25,80 - 27,60
Weizenkleie	11,60 - 11,90	11,60 - 11,90
Roggenkleie	9,75 - 10,25	9,75 - 10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 288 - 287¾ (Vortag 287), Juli 287¾ (288), September 227 plus Geld (228), Roggen Mai - (197½), Juli 199½ (199), September 185 - 185¼ (185¼), Hafer Mai 174 plus Geld (174). Juli 178 (178), September - (155).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 7. Mai. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 113, II. 106, abfallende Ware 96 RM. Tendenz: stetig.

SPD. Der Absatz an Ruhrkohle hat sich im Monat April verschlechtert. Nach den vorläufigen Ergebnissen stellte sich der Gesamtabsatz für Rechnung des Syndikats im April auf arbeitstäglich 139 000 Tonnen gegen 152 000 to im März. Der Rückgang liegt ganz beim unbestrittenen Gebiet, in das im April 67 000 Tonnen gegen 83 000 to im Vormonat gingen. Der Absatz in das bestrittene Gebiet weist eine kleine Steigerung von 69 000 to im Vormonat auf 72000 to im April auf. - Die Haldenbestände auf den Zechen sind - in der Hauptsache an Koks - gestiegen; sie beliefen sich (einschl. Koks und Briketts, in Kohle umgerechnet) Ende April auf 9,09 Millionen Tonnen gegenüber 8,77 Millionen to Ende März.

Gewerkschaftliche Rundschau

Die Schuld der Unternehmer.

SPD. Wie kommt es, dass trotz der Weltwirtschaftskrise, die alle Länder in ihren Bann schlägt, Frankreich zwar nicht verschont, aber doch weniger hart getroffen ist als die anderen grossen Industrieländer, besonders Deutschland, England und die Vereinigten Staaten? Man hat für diese Tatsache viele Erklärungen gegeben: der bessere Ausgleich zwischen Stadt und Land, die abgestoppte Einwanderung, der niedrigere Zinsfuss - Umstände, die auch auf die Vereinigten Staaten zutreffen. Wie kommt es aber - für Europa eine Anomalie - dass in Frankreich die kommunistische Partei abnimmt und der Faschismus nicht Wurzel schlagen kann? Für diese beiden Tatsachen gibt es eine Erklärung, die einigermassen ausreichend ist: die Haltung der Unternehmer.

Vor uns liegt der Jahresbericht 1931 der weitaus grössten und bedeutendsten Unternehmerorganisation Frankreichs, der "Union des Industries Metallurgiques et Minières" (Vereinigung der Metall- und Bergbauindustrien). In ihm wird darauf hingewiesen, dass 1931 die Krise in voller Schwere auch die französische Industrie traf: "Die durchschnittliche Belegschaftsstärke ist um 25 Prozent vermindert worden, und es gibt kaum noch ein Unternehmen, wo das Personal nicht zwei Tage die Woche feiert, einige unserer Industrien arbeiten in gewissen Bezirken nur 24 Stunden die Woche..." Es wird dann auf die Rundschreiben und Empfehlungen der Vereinigungen aufmerksam gemacht. Welcher Art diese Empfehlungen waren, geht aus folgenden Sätzen hervor:

"Angesichts des Hauptproblems dieses Jahres, die Anpassung der Zahl der Arbeitskräfte an die wirtschaftliche Lage, war die Haltung der Unternehmer überall die gleiche. Sie waren zunächst von dem Wunsche geleitet, die Nöte der Familien ihrer Arbeiter während der schwierigen Verhältnisse nach Möglichkeit zu mildern. Sie waren auch bemüht, die Arbeitskräfte zu behalten, die sie brauchen werden, sobald die Krise vorbei und der Beschäftigungsgrad ihrer Unternehmungen wieder ein normaler sein wird... Die Entlassungen wurden auf ein Mindestmass beschränkt und nur im äussersten Notfall vorgenommen. Soweit wie möglich und solange die technischen Notwendigkeiten es zuliessen, wurde die Zahl der täglichen Arbeitsstunden oder der wöchentlichen Arbeitstage herabgesetzt, um die Höchstzahl von Arbeitern zu beschäftigen."

Es handelt sich, wie aus den nachher mitgeteilten Zahlen hervorgeht, nicht um eine Schönrederei. Das ergibt sich auch aus dem Abschnitt, der von den Löhnen handelt. Es heisst da:

"Lange Zeit - wir haben das auf jeder unserer monatlichen Tagungen festgestellt - haben die Leiter der Industrie, die doch die Unsicherheit der Zukunft infolge des Nachlassens der Aufträge kennen, davor zurückgeschreckt, Lohnreduzierungen ins Auge zu fassen, indem sie ihre Anstrengungen zur Kostenverminderung den anderen Elementen der Produktionskosten zuwandten. Die Lebenshaltungskosten hatten sich nicht genügend gesenkt und sie (die Unternehmer) zögerten bis zur äussersten Grenze, die Löhne ihrer, durch die Verminderung der Zahl der Arbeitsstunden bereits schwer betroffenen Arbeiter herabzusetzen."

Es wird dann weiter angeführt, dass während eines grossen Teils des Jahres 1931 in den Konkurrenzländern die Löhne gesenkt wurden, ohne dass das gleiche in Frankreich geschehen sei. In der zweiten Hälfte des Jahres seien die Lebenshaltungskosten jedoch stark zurückgegangen. "Dann erst haben die

Leiter der Industrie, durch die Lage dazu gezwungen, in wachsender Zahl Lohnreduzierungen vornehmen müssen, die sie in möglichst engen Grenzen gehalten haben."

Noch schwieriger - so fährt der Bericht fort - sei die Situation, so weit die Angestellten in Frage kämen. Soweit die Gehälter gesenkt worden seien, habe man vielfach ausdrücklich vermerkt, dass grundsätzlich die bisherigen Gehälter aufrecht erhalten blieben und wieder in Kraft gesetzt würden, sobald die wirtschaftliche Lage sich wieder bessern werde. Es wird dann schliesslich die schwierige Lage der Regierung anerkannt, die dem Elend der Arbeitslosen steuern müsse und gleichzeitig den Haushalt im Gleichgewicht zu erhalten habe. Diese Zurückhaltung ist umso bemerkenswerter, als die französische Regierung durch eine Verordnung die Arbeitslosenunterstützung (zu denen die Regierung Zuschüsse in Höhe von 60 bis 90 Prozent gibt), erhöht hat auf 26 Franken (4,32 Mark) täglich im Höchstfalle für Verheiratete mit fünf Kindern und auf 7 Franken für Alleinstehende.

Wie die französischen Industriellen tatsächlich sich bemüht haben, Entlassungen zu vermeiden, geht aus den fortlaufenden Erhebungen der Arbeitsinspektion in den Betrieben mit mehr als hundert Beschäftigten hervor. Während am 1.Dezember 1930 noch 93,61 Prozent der Beschäftigten voll arbeiteten, war dieser Prozentsatz bis zum 1.März 1932 auf 43,84 Prozent gesunken. Die Zahl der Beschäftigten in diesen Grossbetrieben (ohne Eisenbahn und Schiffahrt ist daher während dieser Zeit nur um 480 000 zurückgegangen.

Ist es noch nötig, diese Haltung der französischen Industriellen in Vergleich zu stellen mit der ihrer deutschen Kollegen? Die französischen Industriellen sind sich darüber klar, dass man nicht die Arbeiter und Angestellten einfach auf die Strasse setzen kann, ohne die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ins Ungemessene zu steigern, die auch wieder nur aus Steuern fliessen können. Wenn man also wissen will, warum in Deutschland die Wirtschaftskatastrophe ins Unermessliche gewachsen ist, Nazitum und Kommunismus florieren, während in Frankreich noch eine - wenn auch nur relative - wirtschaftliche und politische Ausgeglichenheit besteht, dann muss man sich der vorsichtigen, abwägenden und massvollen Lohn- und Wirtschaftspolitik der französischen Unternehmer erinnern und damit die brutale, grössenwahnsinnige, masslose Lohn- und Wirtschaftspolitik der deutschen Unternehmer vergleichen.

J.Steiner-Jullien.

SPD. Der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung liegt aus dem ersten Vierteljahr 1932 wieder eine grössere Zahl von Strafurteilen vor, die zum Schutz der Arbeitslosenversicherung gegen betrügerischen Missbrauch herbeigeführt werden mussten.

Diese Tatsache - so betont die Hauptstelle der Reichsanstalt - zeige, dass die so oft wiederholten dringenden Mahnungen der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter nicht ausreichend beachtet werden. Noch immer mache sich die strafrechtliche Verfolgung von Betrugsfällen aller Art notwendig, bei denen durch Fälschung von Arbeitsbescheinigungen, Stempelkarten und Zahlbogen, durch unwahre Angaben bei der Stellung von Unterstützungsanträgen, durch Nichtmeldung von Verdienst aller Art während des Unterstützungsbezugs, Verschweigen von Krankheit, Nichtangabe von Grundbesitz usw. unberechtigter Bezug der Unterstützung erreicht worden sei. Die Verurteilungen - Geld- und Freiheitsstrafen von mitunter sehr erheblicher Dauer - träfen nicht nur Unterstützungsempfänger, sondern verhältnismässig häufig auch andere Personen, darunter nicht selten Arbeitgeber, die durch unrichtige Arbeitsbescheinigung den betrügerischen Unterstützungsbezug zu Unrecht ermöglichen. Hierher gehöre auch das neuerdings zu beobachtende Verfahren, Hausangestellten gegen Leistung

von einigen Stunden Hausarbeit freie Kost und Wohnung zu gewähren und ihnen daneben den Bezug von Arbeitslosenunterstützung zu ermöglichen, ohne dass die Hausarbeit und die geldwerten Gegenleistungen angemeldet werden.

Wirkliche Erleichterung in der schweren Lage insbesondere langfristig Arbeitsloser kann nicht durch gesetzwidrige Förderung des Unterstützungsbezugs geschaffen werden, sondern nur durch Bereitstellung regelmässig zu entlohnender Arbeit.

SPD. Im Tarifstreit des Berliner Gastwirtsgewerbes ist ein Schiedsspruch gefällt worden. Er sieht eine Verlängerung des Manteltarifs bis zum 30. September und in den neuen Bestimmungen eine Kürzung des Urlaubsgeldes um 30 Prozent vor.

Der Lohntarifvertrag wurde bis zum 15. Juli unverändert verlängert.

SPD. In der Schriftenreihe des Bundesvorstands des ADGB über Stätten und Formen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit ist soeben ein weiteres Heft erschienen. Es betitelt sich "Zehn Jahre gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Berlin" und stammt aus der Feder von Fritz Fricke. Der Preis beträgt 2,20 Mark (Organisationspreis 1,50 Mark). Das neue Heft verdient besondere Beachtung; denn die Geschichte der Berliner Gewerkschaftsschule ist auch ein Stück Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

SPD. Die Krise zwingt auch die preussische Staatsverwaltung zur Stillegung verschiedener ihrer Werke. So muss der Betrieb der Bernsteinwerke in Ostpreussen eingestellt werden. Der Absatz ist so enorm zurückgegangen, dass die Bestände für mehrere Jahre ausreichen. Von 450 beschäftigten Arbeitern werden für die Sicherung des Tagebaues noch etwa 125 benötigt. Vorgesehen ist, von den jetzt beschäftigten 450 Mann 340 durch Kurzarbeit in Beschäftigung zu halten.

Die Erzbergwerke, Bergwerkswohlfahrt und Rammelsberg, im Harz werden stillgelegt. Ihre Belegschaft beträgt rund 500 Mann. Sollen weitere Stillegungen im Erzbergbau vermieden werden, dann muss die Reichsregierung die Durchführung von Hilfsmassnahmen ermöglichen. Die Preussag befindet sich in derselben Lage wie der gesamte deutsche Metallerzbergbau. Der Erlös des staatlichen Erzbergbaus und der Hütten im Harz deckt nur noch 25 Prozent der Selbstkosten. Im Unterharz werden die vorhandenen Bestände noch aufgearbeitet. Im Laufe des Jahres werden noch etwa weitere 1500 Mann arbeitslos.

SPD. In der bayerischen Landwirtschaft haben die Arbeitgeber für die Tarifverhandlungen folgenden Wunschzettel zusammengestellt: 25 Prozent weniger Barlohn, Verlängerung der Arbeitszeit um 25 Stunden, Kürzung der Gespannführerzulagen bis zu 33 Prozent, Kürzung verschiedener Melkerbezüge, Kürzung des Erntegeldes um ein Drittel, Kürzung der Zulagen technischer Arbeiter um 10 Prozent und Kürzung der Handwerkerzulagen um 20 Prozent.

Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne - ihr. Hat sich mancher gesagt, und doch hat er es nicht weitgebracht.